

Breslauer Nachrichten

Wahl-Opfer

Der Bezirksparteitag hat einen Antrag des Bezirksvorstandes angenommen, für den Februar und März wegen der bevorstehenden Wahlen doppelte Beiträge zu erheben.

Wir erwarten von jedem Parteimitgliede, daß es dieser selbstverständlichen Pflicht, wie schon bei früheren Wahlkämpfen, nachkommt.

Die Kassierer sind angewiesen, bereits bei der Einziehung der Februar-Beiträge den doppelten Monatsbeitrag einzukassieren.

Der Parteivorstand.

Idee und Organisation

Der Zusammenklang in der Sozialdemokratie

In der Sozialdemokratischen Partei stehen Idee und Organisation in einem innigen Zusammenhang. Nirgends noch ist ein solcher Zusammenklang zu finden.

Selbst die Staatsorganisation, die doch eigentlich die Aufgabe hat, dem ganzen Volk, einer gemeinsamen Volksidee zu dienen, hat diesen Zusammenklang noch nicht finden können.

In der Sozialdemokratischen Partei ist dieses Ziel erfüllt. Ihre Organisation, ihre Führer und Mitglieder, ihre Funktionäre und Einrichtungen, sie alle dienen der großen Idee, der Idee des Sozialismus.

Diese Idee ist in der Parteioorganisation immer lebendig, wie sie es von jeher war und auch in aller Zukunft sein wird.

Zu diesem Kampfe rufen wir heute wie immer auf — die noch Fernstehenden müssen erkennen, daß sie nur kämpfen können, wenn sie sich der Organisation eingliedern, die der sozialistischen Idee dient.

Die Idee und Organisation sind untrennbar verbunden. Wir werden in diesem Jahre auch der zwanzigsten Wiederkehr des Todestages von August Bebel gedenken.

Wenn die Partei diese Männer feiert, dann feiert sie zugleich die Idee, der sie dient. Und dieses Gedenken ist ein neuer Beweis des Zusammenklangs von Idee und Organisation.

Es muß es immer bleiben!

Das Gedenken an Karl Marx ist auch Gedächtnis an seine Lehre. Wir werden sie nie und nimmer aufgeben, weil sie uns Tag für Tag in dieser unhaltbaren bürgerlichen Gesellschaftsordnung bewiesen hat und beweist, wie richtig, wie notwendig und wie durchführbar sie ist.

Wir werden in diesem Jahre auch der zwanzigsten Wiederkehr des Todestages von August Bebel gedenken. Dieser Feiertag und Kämpfer hat vor allem gelitten und gestritten, die sozialistischen Ideen in den Massen zu verbreiten.

Wenn die Partei diese Männer feiert, dann feiert sie zugleich die Idee, der sie dient. Und dieses Gedenken ist ein neuer Beweis des Zusammenklangs von Idee und Organisation.

Es muß es immer bleiben!

Jugendheim Schwarz-Rot-Gold

Breslauer Reichsbanner konnte gestern das erste Eigenheim für die Jugend einweihen

Ein nicht alltägliches und deshalb auch erfreuliches Ereignis führte gestern die Aktiengruppen der Breslauer Reichsbannerjugend zusammen. Nach einer Wehrvorbildung marschierten sie in der Osener Straße zur Einweihung des Jugendheimes Schwarz-Rot-Gold auf, das im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes unter Verwendung freundlicher Spenden errichtet werden konnte.

In dem zwar schmucklos, aber zweckmäßig eingerichteten Hauptraum des neuen Heimes fand anschließend eine kurze Einweihungsfeier statt. Kamerad Herrmann begrüßte die Jugend, der das Heim gewidmet ist und die ebenfalls erschienenen Gäste und ging in einer kurzen Ansprache auf den Werdegang des Heimes ein.

Kamerad Herrmann dankte allen Beteiligten und übergab das Heim, das den Namen „Jugendheim Schwarz-Rot-Gold“ erhalten hat, der Jugend, mit der Mahnung, es zu bewahren und in Ordnung zu halten, damit es lange seinen Zwecken dienen kann.

Kamerad Hoffmann, der das Heim übernahm, dankte für die Jugend und Stadtrat Wohlweber als Vertreter des Magistrats, sprach den Wunsch aus, daß in diesem Heim Gemeinschaftsgeist, Brüderlichkeit, Einigkeit und Freiheit eine Pflanzstätte finden mögen.

Nochmals nahmen die Jugendgruppen vor dem Heime Aufstellung und der Schlussvers des Bannerliedes beendete die Feier.

Das schmucklose Heim, das aus einem Haupt- und zwei Vorräumen besteht, hat selbstverständlich alle Einrichtungen, die ein Jugendheim benötigt.

Wir Kurbelnden an!

Herrn Papen und Hitler zur Nachachtung empfohlen

Als der Krieg zu Ende war, konnten die führenden Männer der jungen Republik keine Rettung des Volkes aus allergrößter Not in vier Jahren in Aussicht stellen, es mußte vielmehr rasch und bald gehandelt werden.

Abgesehen von allem Hunger litten wir in Breslau wie überall am meisten unter Kohlenmangel. Oberbeschleun war von der Entente befehligt. Der Grubenbetrieb war durch den Raubbau des Krieges desorganisiert.

Die Ziegeleien rings um Breslau waren wegen Kohlenmangels außer Betrieb. Die ersten Breslauer Wohnbauten der Nachkriegszeit wurden aus Lagerbeständen in Ziegeleien und auf Bauplätzen sowie aus alten Ziegeln von abgebrochenem Gemäuer ausgeführt.

Die Breslauer Gewerkschaften beteiligten sich nach besten Kräften am Aufbauwerk; bei Gründung der Siedlungs-Gesellschaft stellten sie eine halbe Million zur Verfügung.

Da der Aufbau der Wirtschaft nur langsam vor sich gehen konnte, wurden bereits im April 1919 von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit 33 Millionen Mark für Notstandsarbeiten bewilligt.

Da die Wohnungsnot nicht ohne weiteres durch Neubauten zu beheben war, wurde im Juni 1919 ein Wohnungskommissar eingesetzt mit dem Recht der Beschlagnahme überflüssigen Wohnraumes und der Errichtung von Notwohnungen.

denn sie allein verfügten über so große Wohnungen, daß ein Teil davon beschlagnahmt werden konnte.

Aber auch verständige Helfer erwachten dem Magistrat und der roten Rathausmehrheit aus den Reihen des Bürgertums, dem demokratischen Kaufmann und Stadtverordneten Schönfelder gelang es um diese Zeit, für den Magistrat in der Schweiz 50 Waggons Reis zu erwirken, die der hungernden Bevölkerung über die lärglichen Marxenstationen hinaus zur Verfügung gestellt wurden.

Das gesamte Betriebsmaterial war im Kriege heruntergewirtschaftet und die wenigen noch vorhandenen Wagen und Lokomotiven konnten eben wegen des Kohlenmangels nicht voll ausgenutzt werden.

Die städtischen Betriebswerke litten dermaßen an Kohlenmangel, daß im Juni 1919 in Breslau Wasserperren stattfanden wegen mangelnder Kohlenzufuhr im Wasserwerk eingelegt werden mußten.

Der Winter nahte mit allen seinen Kältefrohren, gern aber laßen wir zu, wie es manchen Unternehmern infolge früherer Beziehungen gelang, aus dem besetzten Oberbeschleun heimlich ein paar Waggons Kohle für ihren Betrieb herauszuholen.

Im Frühjahr 1920 tauchten in Breslau die ersten kleinen Häuten frisch gebrannter Ziegeln auf, hergestellt mittels heimlich aus Oberbeschleun bezogener Kohle.

Montag, den 13. Februar, 19 1/2 Uhr, im Schiefwerder

außerordentliche Partei-Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

- 1. Kommunalpolitische Arbeit und Aufgaben, 2. Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zum Provinziallandtag und zur Stadtverordnetenversammlung.

Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Erwerbslosenpeisungen des Sozialen Frauendienstes

Der Breslauer Soziale Frauendienst, der im Laufe der letzten Jahre seine Gruppe „Gemeinnützige alkoholfreie Speiseanstalten“ immer mehr erweitern konnte und heute neun solcher Gaststätten unterhält, ist in diesem Winter besonders eifrig tätig, seine Einrichtungen in den Dienst des Hilfswertes für die Notleidenden zu stellen.

Die Einrichtungen des Sozialen Frauendienstes, die sich so maßgebend in den Dienst der Mithilfe stellen, verdienen öffentliche Anerkennung.

Achtung, Werbeblende!

Wir bitten alle Abonnenten-Werber heute abend von 5 bis 7 Uhr im Verlag der „Volkswacht“, Flurstraße 4, zur Abrechnung zu erscheinen.

Weiße Zähne Chlorodont

Spionageprozesse

In letzter Zeit häufen sich die Spionageprozesse und da hier immer auf ganz erhebliche Strafen erkannt wird, gehen viele Menschen auf Jahre ins Zuchthaus.

Schwerer Autozusammenstoß Drei Personen erheblich verletzt

Am Sonntag, gegen 3 Uhr, stießen am Tauentzienplatz zwei Kraftdroschken zusammen, deren Führer einander erst zu spät bemerkten hatten.

Reiche Einbrecherbeute

In der Hochwaldstraße ist in eine Wohnung eingebrochen worden, aus der eine Kassetten mit 670 Mark Bargeld gestohlen wurde.

Der bedende Hundstun

Am Sonnabend und Sonntag vormittag hat der Breslauer Hundstun zwar unzählige Male angekündigt, daß sie arbeitende und wertvolle Bevölkerung am Nachmittage die Gelegenheit haben werde, die bedeutungsvolle Rede des Herrn Reichstanzlers durch eine Ueberragung aus Berlin von einer Wachsplatte zu hören.

Starke Belastung der Krankenkassen durch den Freiwilligen Arbeitsdienst

Der Freiwillige Arbeitsdienst hat sich infolge seiner verhältnismäßig hohen Kosten für die ärztliche Behandlung der Arbeitsdienstwilligen zu einer schweren Belastung der Krankenkassen ausgewachsen. Woher die starke Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung durch die Arbeitsdienstwilligen kommt, ist leicht zu erraten. Die Dienstwilligen sind — wir haben darüber kürzlich ausführlich berichtet — rein körperlich der Arbeit, die sie leisten sollen, vielfach nicht gewachsen.

Unter den hohen Krankenkosten haben vor allem die Ortskrankenkassen zu leiden, die ohnehin das Sammelbecken aller schlechten Wagnisse der Krankenversicherung sind, und unter ihnen gerade die kleinsten Kassen; denn die Arbeitslager liegen überwiegend in dünnbesiedelten Gebieten. Die Defizite dieser Kassen erscheinen natürlich gegenüber dem Milliardenhaushalt der Krankenversicherung klein. Das will aber nichts besagen; denn die Zahl der Arbeitsdienstwilligen soll ja noch wesentlich zunehmen.

Im Reichsarbeitsministerium wurde bisher der Grundsatz vertreten, daß der freiwillige Arbeitsdienst eine Sache des ganzen Volkes sei und daß sich deshalb an der Aufbringung der Mittel dafür auch die Krankenkassen beteiligen müßten. Gewiß muß der eingeleitete Apparat der Kassen für die Krankenversorgung der Arbeitsdienstwilligen nutzbar gemacht werden. Auch sind die Verwaltungen der Kassen durchaus bereit, für die Arbeitsdienstwilligen mit tätig zu sein. Sie wären gegebenenfalls auch damit einverstanden, daß für die Verwaltungskosten nichts in Rechnung gestellt wird. Wenn jedoch der freiwillige Arbeitsdienst eine Sache des ganzen Volkes ist, dann können un-

möglich die Kosten der Krankenversorgung der Arbeitsdienstwilligen nur auf einige wenige Arbeitgeber und Berufsstände abgemälzt werden. Das ist aber derzeit der Fall, und mit Recht wehren sich dagegen die betroffenen Klassen im Interesse ihrer Beitragszahler.

Wie ist da Abhilfe zu schaffen? Die „Deutsche Krankenkasse“, die Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, macht folgenden Vorschlag: In erster Linie

müßte eine ärztliche Untersuchung vor der Einstellung in den Arbeitsdienst erfolgen. Durch die Einstellungsuntersuchung allein können aber die Krankenkassen noch nicht wesentlich herabgedrückt werden. Notwendig wäre daher auch eine Verbesserung der Unterkunft, der Arbeitsausrüstung und der Arbeitskleidung, und wie beim Militär müßten sogenannte Revierstuben die Möglichkeit bieten, die Zahl der Krankenhauseinweisungen stark zu vermindern. Vor allem aber müssen den Kassen die vollen Kosten, die durch die Krankenpflege der Arbeitsdienstwilligen entstehen, ersetzt werden. Eine Erhöhung des Grundlohnes genügt nicht. Auf keinen Fall dürfen weiter wie bisher die Lasten nur auf einzelne Kassen entfallen; sie müssen in geeigneter Form auf sämtliche Krankenkassen verteilt werden.

Vielleicht hat die neue Reichsregierung, bevor sie sich mit der Arbeitsdienstpflicht übernimmt, noch etwas Zeit, zunächst einmal im freiwilligen Arbeitsdienst die geschilberten Mißstände zu beseitigen!

Die Lumpereien der Gebrüder Lahusen

In einer Zeit, in der man dem deutschen Volk systematisch vorzutäuschen versucht, der Marxismus habe die Wirtschaft zerstört, ist es wertvoll, wenn die Wissenschaft Gelegenheit erhält, zu zeigen, wie sich die Zusammenbrüche in der deutschen Wirtschaft während der letzten Jahre entwickelt haben.

So hat der bekannte Professor Kalveram die Ursachen des Zusammenbruchs bei der Lahusen'schen Nordwolle untersucht. Sein Urteil steht im direkten Gegensatz zu der Marxischen Lehre. Kalveram deutet die Ursachen für den Nordwollzusammenbruch wie folgt auf: Mißgeplickt habe bei dem Zusammenbruch natürlich die katastrophale Senkung der Wollpreise. Den wesentlichen Grund habe man aber in Fehlern beim Aufbau des Konzerns zu sehen. Ohne Rücksicht auf die Abzähmbarkeit sei

die Produktion gesteigert worden. Bei den Konzentrationen und Fabrikaukäufen müßte man kaufmännische Vorsicht vermissen. Dazu komme eine ungeheure Spekulation in eigenen Aktien. Die Leiter des Betriebes, also die Gebrüder Lahusen, hätten sich auch auf Kosten des Konzerns bereichert. Aus den Büchern gehe bis jetzt eine unberechtigte Einnahme von Geldern zu privaten Zwecken in Höhe von 17 Millionen Mark hervor. Die letzten Ursachen seien krankhafte Geschäftspolitik, eine ungeheure Konzernausweitung, irreguläre und verlustreiche Spekulationsengagements und dauernde Mißbräuche der Amtsgewalt (Generalabittatur der Generaldirektoren). Das fragt etwas anders als die Lügen der Hege, der Marxismus habe in vierzehn Jahren die deutsche Wirtschaft ruiniert.

Aus den Kalveramschen Prüfungen geht hervor, daß die Gebrüder Lahusen seit 1926 die Bilanzen der Nordwolle gefälscht haben. 1926 wurde zum Beispiel ein Gewinn von 4,9 Mill. Mark ausgewiesen. In Wirklichkeit lag 1926 schon ein Verlust von 4,7 Millionen Mark vor. Erst im Jahre 1930 entschlossen sich die Lahusen dazu, einen Verlust von 24 Millionen Mark auszuweisen. Kalveram stellt aber fest, daß 1930 der Verlust der Nordwolle 134 Millionen Mark betragen hat.

Das müssen sich die Nazis zweimal lesen damit sie es einmal begreifen

Sachsenbergs Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, der Finanzjahrsberichte der Deutschen Nationalen, hat vor den deutschen Nationalen Industriellen eine Rede gehalten, die äußerst interessant ist und in Kreisen, die hinter der gegenwärtigen Regierung stehen, sehr auffällig wirken kann.

Bang erklärte, daß „derjenige ein Demagoge oder Schwanzkopf sei, der an die Heilung unserer Zustände durch offene oder verdeckte Inflation glaubt“. Ohne Zweifel meint Bang damit auch die Anhänger der Binnenmarkt, der nationalsozialistischen Arbeitswechsel usw., alles Projekte, die man zweifellos unter offener und verdeckter Inflation zu registrieren hat. Weiter ist Dr. Bang der Meinung, „daß kein Staat von seinen Bürgern Moral verlangen kann, wenn er sie nicht selbst beizügelt. Deshalb werden wir uns (die gegenwärtige Regierung) weder an Schuldnern noch an Gläubigern vergehen. Zwangsmäßige Schuldentilgung macht niemanden reicher und zwangsmäßige Zinskonvertierung (Zinsentzückung) vernichtet endgültig den Kredit.“ Bang haben die Eingriffe der Regierung in die Kapitalmärkte (Einsparung auf Grund von Notverordnungen) die Wirtschaft endgültig erschlagen und den Kredit vollständig vernichtet.

Ei, ei, was muß man da hören. Schuldentilgung und zwangsmäßige Zinsentzückung (Konvertierung) haben doch jene großagrarisches Kreise erzwungen, auf die sich die gegenwärtige Regierung stützt. Diese Kreise verlangen auch heute noch derartige Experimente. Gegner solcher Experimente waren und sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, also jene Kreise, die die Hege gegen die moderne Arbeiterbewegung als Marxismus bezeichnet und dem man andichtet, er habe die Wirtschaft erschlagen. Es hat den Anschein, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit doch noch einmal die volle Wahrheit zu hören bekommt, wenn die gegenwärtige Regierung länger amtieren sollte und Vertreter dieser Regierung Gelegenheit nehmen, als verantwortungsbewußte Menschen einmal öffentlich ihr Herz auszusprechen.

Internationale Autoausstellung

Hitler enttäuscht die Kraftfahrzeugindustrie
Hitler, der am Sonnabend die Internationale Autoausstellung in Berlin im Auftrage des Reichspräsidenten eröffnete, kündigte einige Maßnahmen für die deutsche Kraftfahrzeugwirtschaft an. Nach den Ausführungen Hitlers will man „die staatliche Interessensvertretung der Kraftfahrzeugwirtschaft aus dem Rahmen der gegenwärtigen Verkehrswirtschaft herausheben“, denn „das Auto gehört zum Flugzeug“. Man kann diese Äußerungen Hitlers so auffassen, daß die Kraftfahrzeugabteilung aus dem Verkehrsministerium herausgelöst und mit dem Luftfahrtkommissariat vereinigt werden soll. Weiter sprach der Reichsminister von einer allmählichen Steuerentzückung, Finanzgriffnahme des Landtrahnenbaus und Förderung der Kraftfahrzeugindustrie durch sportliche Veranstaltungen.

Die Hitzel'schen Ausführungen haben in Kreisen der Kraftfahrzeugindustrie enttäuscht. Man weiß darauf hin, daß die ungeheure Belastung des Kraftfahrzeugs die Existenz dieser Industrie bedroht und daß radikale und vor allem baldige Hilfe notwendig ist. Demgegenüber habe Hitler nur von einem allmählichen Lastenabbau und zwar auch nur von einem Steuerabbau gesprochen. Dabei drückte die Belastung durch Subventionen an die inländischen Treibstoffkonzerne (Schwerindustrie und Großchemie) und die Liebesgaben an die großagrarisches Landwirtschaft (Kartoffelstärkewirtschaft) ebenso sehr wie die durch Zoll und Steuer. Das deutsche Volk werde auch kein Verständnis dafür aufbringen, wenn man in einer Zeit, in der sich die Finanzorgane des Reiches häufen, auf wichtige Einrichtungen des Staates verzichten will, während andererseits an die Schwerindustrie und die Großagrariere Subventionen und Liebesgaben weiter gezahlt werden sollen. Ein Hinweis des Reichsministers auf die Unmöglichkeit, die Kraftfahrzeugwirtschaft durch Sprit- und andere Beihilfungsmaßnahmen weiter zu unterstützen, wäre besonders jetzt sehr notwendig gewesen, da in landwirtschaftlichen Kreisen eine Erhöhung des Spritbeihilfungs-zwangs bis auf 20 % propagiert und die irrsinnige Forderung aufgestellt wird, die Zahl der großagrarisches Kartoffelstärkereien, die vom Reich subventioniert werden, noch zu vermehren.

Die Eröffnung der Internationalen Autoausstellung am Sonnabend war ein recht ungewöhnliches Bild. Vor dem Ausstellungsgelände, das die Flagge der Republik trug und mit den Nationalflaggen der ausstellenden Ausländer geschmückt war,

nahmen SA-Leute in militärischer Form Aufstellung. Polizei war so gut wie gar nicht zu sehen. In die Ausstellung fanden in der Zeit von 8—12 Uhr nur geladene Personen Einlaß, die einen besonderen Ausweis hatten. Unter dem Publikum, das der Eröffnung beiwohnte, sah man viel Hitleruniformen und, allerdings weit in der Minderheit, Leute in der Stahlhelmuniform. Als der Reichsminister die Ausstellung besichtigte, bildeten ziemlich aufgeregte SA-Leute Spalier, bzw. formierten sie einen Kreis um den Reichsminister.

Währenddessen konnten sich Hunderte von Einkäufern, die von weither nach Berlin zur Ausstellung gekommen waren, die Ausstellung von draußen ansehen. Eingang erhielten sie erst nach 12 Uhr. Die Empörung dieser Leute, die dadurch fast einen vollen Arbeitstag verloren haben, ist ebenso begreiflich, wie die ganze Absperrung unbegreiflich und unnötig erscheint.

Die Deutschen Eckstahlwerke, die für das Jahr 1930/31 mit einem Verlust von fast 3 Millionen Mark abschlossen, sehen sich zu einer neuen Sanierung gezwungen. Bereits im Jahre 1928 mußte das Kapital, das sich zum größten Teil im Besitz des Ruhrtruffs und des Alsdorferkonzerns befindet, von 30 auf 20 Millionen Mark herabgesetzt werden. Jetzt ist eine weitere Herabsetzung auf 14 Millionen Mark geplant, um die inzwischen eingetretenen Verluste auszugleichen.

Die Zentralbank der französischen Provinzbanken hat am Sonnabend ihre Zahlungen eingestellt. In der letzten Zeit waren bei der Bank so hohe Abhebungen vorgenommen worden, daß die Bank ihren Zahlungen nicht mehr nachkommen konnte. Die Aktiven sollen die Passiven aber bei weitem übersteigen.

Die Volksfürsorge zahlt aus

Bei der Volksfürsorge Gemeindefürsorge-Gesellschaft laufen gegen Ende dieses Jahres die ersten Versicherungen regulär ab. Über 50 000 der jetzt nach Beendigung der Inflation auf die Dauer von zehn Jahren umgestellten früheren Papiermarkversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von rund 8 1/2 Millionen Reichsmark werden ausgezahlt und sicher bei den in Frage kommenden Personen große Freude auslösen. Der Wert einer Lebensversicherung wird durch diese bevorstehenden Auszahlungen bei Lebenszeiten besonders sichtbar. Mit den vereinbarten Versicherungssummen werden auch die im Laufe der Jahre aus dem Gesamtertrag überhöht gutgeschriebenen und aufgezinften Gewinnanteile überwiegen.

Zu erwarten ist, daß durch diese Auszahlungen der Volksfürsorge zahlreiche neue Freunde entstehen, die durch Abschluß eines Versicherungsvertrages sich in absehbarer Zeit ebenfalls einen entsprechend größeren Betrag sichern wollen.

Die Betriebseinnahmen der Reichspost haben sich im Dezember günstig entwickelt. Sie übersteigen mit 150,9 Millionen Mark die veranschlagten Einnahmen um 3,6 Millionen. Gegenüber dem Dezember 1931 ergibt sich ein Minus von 15,6 Mill. Die Betriebseinnahmen der Reichspost in den Monaten April bis Dezember mit 1249,1 Millionen blieben hinter den veranschlagten Einnahmen um 11,4 Millionen zurück. Gegenüber den Einnahmen des Jahres 1931 ergibt sich eine Mindereinnahme von 206 Millionen.

Nationalsozialisten!

Wie steht ihr zu euren Forderungen?

Wann wird die Zinsnechtschaft gebrochen?

Der Fehlbetrag des Reiches für das Jahr 1932 Rund 3 Milliarden Mark

Der Gesamtfehlbetrag bei Reich, Ländern und Gemeinden dürfte für Ende des verfloßenen Jahres rund 3 Milliarden Mark ausmachen.

Der amtliche Ausweis über den Stand der Reichsfinanzen am Jahresende zeigt ein außerordentlich rasches Anwachsen des Fehlbetrages im Reichshaushalt. Während die Reichskasse bis Ende November erst ein Defizit von 73 Mill. hatte, ist allein im Monat Dezember ein neuer Fehlbetrag von 97 Millionen hinzugekommen. Der Gesamtfehlbetrag des Reichs ist damit bis zum Jahresende auf 1479 Millionen angewachsen. Fast 1 1/2 Milliarden beträgt also allein das Defizit des Reiches.

Dazu kommen aber noch, wie der Reichsfinanzminister kürzlich im Haushaltsanschlag des Reichstages ausführte, weitere 1 1/2 Milliarden bei Ländern und Gemeinden. Reich, Länder und Gemeinden zusammen haben also rund drei Milliarden ungedeckte Fehlbeträge, nicht gerechnet das Defizit der Sozialversicherung, das ebenfalls mehrere hundert Millionen erreicht.

Das Reich hilft sich vorübergehend durch Ausgabe von Staatsanleihen und Schatzanweisungen, also durch Aufnahme von kurzfristigen Krediten, die man die Summe von fast drei Milliarden erreicht haben. Viel schärmer aber sieht es bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden aus. Das Reich hat ihnen

gewaltig steigende Arbeitslosenlasten aufgebürdet und verweigert ihnen noch immer ausreichende finanzielle Unterstützung. Es will die Gemeinden auf diese Weise zur Sparsamkeit, d. h. zum Abbau der Wohlfahrtskassen, der Schulausgaben usw. zwingen. Viele Gemeinden stehen in den nächsten Wochen vor der Gefahr, keine Kohlen für ihre Schulen und Krankenhäuser mehr kaufen zu können. Andere bezahlen schon seit Monaten keine Rechnungen mehr und die Stadtkämmerer wissen oft am Tage vorher nicht, woher sie das für den nächsten Tag fällige Geld für die Unterhaltungen und Löhne nehmen sollen.

Im Reichskabinett finden seit Tagen Beratungen über die Finanz- und wirtschaftliche Lage statt, die aber nicht vom Ziel kommen. U. a. beschäftigt man sich auch mit Maßnahmen zur Vinderung wirtschaftlicher und sozialer Schäden. Es heißt, daß kurz vor der Wahl die Unterhaltungen erhöht werden sollen. Der Reichsfinanzminister soll aber angesichts der bedrohlichen Finanzlage Schwierigkeiten machen. Der Finanzminister, der sich in erster Linie als Beamter und nicht als Politiker fühlt, will offenbar nicht verantworten, daß Unterhaltungserschöpfung vorgenommen werden, die das Defizit vergrößern und bald durch verfallene Kürzungen und Abbaumaßnahmen ersetzt werden müßten.

Ausschneiden!

Weitergeben!

Aufheben!

Zwei Programme

Aufruf der Volksbeauftragten
12. November 1918

Hitlers 12 Programmpunkte
Sportpalastrede 10. Februar 1933

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (Arbeitsdienstpflicht, Red. v. B.) wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gefährdungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Als unmittelbar bevorstehend wurden ferner angeündigt:
 Allgemeines Männer- und Frauenwahlrecht zu allen Vertretungskörnern; Achtstundentag; Erwerbslosenunterstützung, Ausdehnung der Krankenversicherung.

Die „marxistischen Novemberverbrecher“ waren Männer der Tat. Sie sagten genau, was sie tun wollten und führten es auch aus. Hitlers Programm besteht dagegen aus ganz unbestimmten Redensarten.

Darum am 5. März

alle für die „marxistischen Novemberverbrecher“: Liste 2!

Die Wahrheit über den Januschauer

Die Osthilfeschande läßt sich nicht vertuschen

Durch die Auflösung des Reichstages ist das Kontrollrecht des Parlaments zerstört und die Untersuchung des Osthilfeschandals unmöglich gemacht worden. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages, der sich mit der eiligen und dringlichen Nachprüfung beschäftigen wollte und zu der Voraussetzung der restlichen 500 Millionen Mark Osthilfemittel Stellung zu nehmen gehabt hätte, ist gesprengt worden. Die Frage ist jetzt wichtig, ob sie damit ihren deutschen Freunden oder eigenen Anhängern aus den Reihen der Großgrundbesitzer und der Leitung des Reichsverbandes einen Gefallen tun wollten. Im Augenblick hat nur die öffentliche Meinung die Möglichkeit, die Wahrheit zu suchen und zu finden. Deswegen sehen wir nunmehr auf diesem Wege unsere Feststellungen über den Osthilfeschandal fort und ersuchen die zuständigen Behörden um Auskunft.

Zur Zeit liegt uns — ohne die sonstigen Beschwerden und Anklagen — Material über 120 größere Fälle vor, die im Osten Deutschlands öffentlich diskutiert werden, in weiten Kreisen Empörung ausgesetzt haben und gebieterisch Klarheit verlangen. Wir beginnen mit dem „alten Pelikan“, der „auch mal ran“ wollte und auch ran gekommen ist, dem

Kammerherrn v. Oldenburg-Januschau.
 Herr v. Oldenburg-Januschau hat in einem offenen Briefe erklärt, zu seinem Unglück sei er nun mal seit vielen Jahren ein Pöhl, an dem sich die Schweine reiben. Wir erklären, daß uns der Kammerherr v. Oldenburg persönlich so wenig interessiert wie ein Schweinepöhl. Wir haben ausschließlich sachliches Interesse daran, warum dieser Großgrundbesitzer aus den öffentlichen Mitteln der Osthilfe zuerst Janiert werden mußte, während 9800 seiner eigenen Besitz- und Klassengenossen erst im Jahre 1933 dran kommen sollen, aber 500 000 Bauern und bald 800 000 Kleinrentner ohne Aussicht auf Hilfe überhaupt nichts erhalten werden!

Herr v. Oldenburg besah bis 1928, soweit wir wissen, 17 000 Morgen Land (Januschau, Klein- und Groß-Stranzen, Waldburg Jelland, weiter zwei Güter in der Provinz Brandenburg, dabei Siedelwälder bei Gerswalde).

Nicht „vor vier Jahren“ — wie Herr v. Oldenburg wohl nur in einem Erinnerungsrückblick in seinem offenen Brief angibt —, sondern im April 1929 Janierte er zu seinem übrigen Besitz für 37 000 Mark das Gut Biegen bei Jakobsdorf (zwischen Rützenwalde und Frankfurt (Oder)). Vom Kaufpreis zahlte er 150 000 Mark in bar, 167 000 Mark sollten am 1. April 1932 gezahlt werden. Anfang Januar 1932 ging aber Herr v. Oldenburg unter Sicherungsschau und beantragte Entschuldung und Umschuldung aus der Osthilfe.

Die Bankkette Königsberg nahm die Not des Herrn v. Oldenburg so ernst, daß sie ihn außerordentlich schnell auf Kosten seiner Gläubiger umschuldet. Die Gläubiger mußten dabei insgesamt kräftig Haare lassen. Aus der Dringlichkeit der Umschuldung ist zu entnehmen, daß es Hunderttausende gewesen sind. Allein der Verkäufer von Gut Biegen sollte mit 83 500 Mark daran glauben!

Der Kammerherrn sämtliche Schulden wurden entsprechend zurückgezahlt und ausgesetzt, dafür wurde sein Besitz mit 821 000 Mark von der Bank für deutsche Industrieobligationen neu belastet. Nunmehr ist dieser Großgrundbesitzer mit nicht viel mehr als 30 Mark Schulden vor Gericht belastet! Sie sind mit nur 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Es gibt in Deutschland heute nicht viel Landwirte, die so geringe Schulden haben. Uebrigens ist sogar die durchschnittliche Belastung

der umgeschuldeten Großgrundbesitzer höher als die des Herrn v. Oldenburg!

Nachdem die merkwürdig eilige und geschäftlich außerordentlich günstige Umschuldung des Herrn v. Oldenburg bekannt geworden ist, wurde vom Reichskommissar für die Osthilfe erklärt, daß er seine Industriebankschulden durch Abfindung des Gutes Rützenwalde bei Oberswalde allmählich abzudecken habe. Kritische Nachprüfung hat ergeben, daß auch diese Behauptung ihre Mängel hat.

Herr v. Oldenburg will nämlich 600 Mark für den Morgen Siedlungsland! Wohlgerneht bei einer Gesamtschuldenbelastung von etwas über 30 Mark pro Morgen!

Wir richten deswegen an den Reichskommissar für die Osthilfe die Frage, ob die landwirtschaftliche Not des Herrn v. Oldenburg-Januschau so brennend war, daß er vor Millionen an anderen bevorzugt wurde.

Und warum wurde er so glänzend günstig umgeschuldet? Warum hat dieser „alte Pelikan“, wenn er sich schon nicht das Herz aus dem Leibe riß, so doch wenigstens einige von seinen Gütern abgestoßen, wie das viele andere anständige Landwirte

Die Enttäuschung über die Hitlerrede

Sogar der nationalistiche Jungdo ist enttäuscht

Auf die Wahl- und Rundfunkrede Hitlers im Berliner Sportpalast antwortet der nationalistiche Jungdo mit einem Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

„Mit Spannung haben Millionen der Rundfunkübertragung der Rede des Reichstanzlers Hitler gelauscht. Millionen von Anhängern des Reichstanzlers mögen dabei nur von den Gefühlen geleitet gewesen sein, den Siegesrausch der letzten Tage fortzuführen. Aber unzählige Menschen haben danach gestrebt, ihr Urteil noch einmal zu überprüfen. Sie waren bereit, den Parteiman von gestern zu verzeihen und in Adolf Hitler den Reichstanzler von heute zu sehen.“

Das Urteil, welches wir nun aber fällen müssen, ist vernichtend. Wir urteilen nach dem gewaltig tönenden Nichts, das vor uns aufgestanden ist...

Die Stimme, die wir hörten, ist nicht die eines Kanzlers, der unserem unglücklichen deutschen Volke den Frieden bringen kann. Wir wollen nichts mehr hören von Vergangenheit, Vergeltung und Marxillen, die längst nicht mehr am Ruder sind. Uns ergreift innere Empörung, wenn heute, 14 Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918, die Schuldfrage immer wieder in den Vordergrund gestellt werden soll. Wir wollen einer späteren Geschichte, die nüchterner urteilen kann die Klärung dieser Frage überlassen. Auf das allerhöchste aber protestieren wir gegen die Worte des Reichstanzlers, welche er gegen die achtjährige Regierungszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg geprägt hat.

tun, um ihren Schuldverpflichtungen nachzukommen? Ist Herr v. Oldenburg-Januschau auf Grund des Stimmentzuges besondere Empfehlungen entgegen den Richtlinien der Osthilfe oder unter Ausweitung dieser Richtlinien umgeschuldet worden? Einige weitere Fragen an das Reichskommissariat für die Osthilfe behalten wir uns noch vor!

Papen gegen Hitler

Er anerkennt die großen Verdienste eines Novemberverbrechers. Das Haupt der Reichskommissare in Preußen, Herr von Papen, hat an die Frau des verstorbenen früheren Kultusministers Dr. Becker folgendes Belleidstelegramm geschickt:

„Ihnen, gnädige Frau, und Ihren Kindern spreche ich meine aufrichtige Teilnahme aus an dem Helmgange Ihres hochverehrten Gatten. Seine in langen Dienstjahren erworbenen große Verdienste um Reich und Staat werden unvergessen bleiben.“

Becker gehörte als Mitglied der Staatspartei einer der „Novemberparteien“ an, die nach den Propagandareben der Hitler und Papen die Schuld an dem Niedergang Deutschlands tragen. Jetzt erfährt man aus dem Munde des gleichen Propagandisten von dem „großen Verdiensten um Reich und Staat“, die Becker sich als Mitglied einer „Novemberpartei“ in der Nachkriegszeit an verantwortlicher Stelle erworben hat. Das zeigt, daß die Herrschaften an die Redensarten von den Novemberverbrechern und den „Novemberparteien“ selbst nicht glauben. Sie totportieren sie nur aus Dummensinn.

Thüringen verbietet rote Fahnen

Weimar, 11. Februar. Die thüringische Regierung veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Darin heißt es u. a.:

Das Zeigen von roten Fahnen mit und ohne Abzeichen und Symbole der KPD. (Hammer und Sichel) bei öffentlichen politischen Versammlungen, sowie das Mitführen solcher Fahnen und Embleme bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufhängen, ist unzulässig. Diese Fahnen und Symbole sind als Wahrzeichen des Klassenkampfes und des Umsturzes zu betrachten und begünstigen daher bei der gegenwärtigen politischen Spannung die Befürchtung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Zwei Naziniederlagen

bei den Polizeibeamten und bei den Studenten

Köln, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Ortsgruppe Köln des Verbandes der preuß. Polizeibeamten (Schrader-Verband) wählte an Stelle seines von der preußischen Kommissariatsregierung zwangsweise nach Oberhausen versetzten ersten Vorsitzenden den zweiten Vorsitzenden, Polizeiwachmeister Haurandt. Der Nazi-Kandidat fiel mit Pauken und Trompeten durch. Als die Nazis, deren Kandidat sich in anmaßenden und beleidigenden Worten vorstellte, einhigen, daß sie auch sonst in der Versammlung nichts zu tun vermöchten, verließen sie unter Protest den Saal.

Darmstadt, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wahlen zur Studentenkammer der Technischen Hochschule Darmstadt brachten den Nazis einen Verlust von vier Mandaten. Sie sanken von 19 auf 15 Mandate, trotz erhöhter Wahlbeteiligung von 79,8 auf 86,6 Prozent. Die übrigen Sitze verteilten sich: Deutsche Freistudenten 8 (5), Nationale Mainzer Liste 2 (0), Katholische Freistudenten und Unionsverband 2 (0), Freie Deutsche Studenten 2 (2), Nationale Arbeitsgemeinschaft (mit Stahlhelm und Studententum Rangemerkmal) 12 (12), Arbeitsgemeinschaft Mainzer Korporationen und Freistudenten 4 (0).

Auflösung der R. V. in Rumänien

Der militärische Oberbefehlshaber von Bukarest hat am Sonnabend-Nachmittag aufgrund des Ermächtigungsgesetzes über den Belagerungszustand die Auflösung sämtlicher kommunistischer Organisationen angeordnet, die, wie es in dem Befehl heißt, zunehmende Agitation zur Untergrabung der öffentlichen Sicherheit betreiben. Von dem Auflösungsbescheid sind insgesamt zwölf kommunistische Organisationen betroffen worden, darunter auch die kommunistischen Gewerkschaften. Gleiche Befehle sind auch in den übrigen Landesteilen ergangen, über die der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Wir wollen wissen, was geschehen soll. Darüber aber haben wir nicht ein Wort gehört.“

Wo bleibt der öffentliche Widerstand der Kriegsschuldlinge? Wo bleibt die Einrückung der Reparationszahlungen? Wo bleiben alle uns verheißenen Maßnahmen gegen das Finanzkapital, das nicht mehr in der Lage ist, die deutsche Arbeit zu finanzieren? Wo bleibt der Marsch zur Scholle? Wo bleiben die Besprechungen, die man uns gemacht hat?

Waren die Besprechungen, die man uns gegeben hat, alle nur dazu da, um Stimmen zu sammeln? Glaubten wir wirklich, daß der ganze deutsche Nationalismus durch den Stuch der Parteipropaganda schon so verblödet und entgeistert ist, daß man ihn nicht zu lagern braucht, wo man ihn hinführen will? Der Reichstanzler fordert alle Nationalisten auf, ihm zu folgen. Wir Jungdeutschen werden nicht ablassen, die Reichsregierung unerschütterlich zu fragen: Wohin soll der Weg gehen? Wir sind von tiefstem Mißtrauen erfüllt. Was soll aus Deutschland werden, wenn dieser Weg erreicht? Wir, die wir unseren linken Bekann in dem sinnlosen Tumult einer unheilvollen Parteipropaganda erhalten haben, erkennen unsere große Aufgabe darin, alles vorzubereiten, um den Nationalismus vor einer irreleitbaren Niederlage zu bewahren. Nicht Wahlen und Schreypropaganda, sondern einzig und allein rechtliche Klarheit ist das Gebot der Stunde! Das „große Erwachen“ hat begonnen.

Die Gastkatastrophe im Saargebiet



Blick auf die völlig zerstörten Fabrikanlagen der Neunkirchner Eisenwerke.

Gasexplosion bei Reichenhall

Niemand verletzt

Im Zollerischen Eisenwerk Hammerau explodierte am Sonnabend abend kurz nach 6 Uhr mit donnerähnlichem Knall die Gasanlage. Zwei Generatoren von 10 Meter Höhe wurden in Stücke gerissen, durch die das ganze Gebäude demoliert wurde. Es entstand ein Brand, der aber durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr soweit eingedämmt werden konnte, daß die übrigen Fabrikanlagen geschützt wurden. Da die Belegschaft um 6 Uhr das Werk verlassen hatte, ist glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen. Nur durch die Eisenstücke ist größerer Schaden in der näheren Umgebung des Werkes angerichtet. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

Chetragödie

Eine blutige Chetragödie spielte sich in Hartau bei Zittau in Sachsen ab. Die Chetrau des Ziegelmeisters Hermann Neumann, die vorher mit ihrem Mann Streit gehabt hatte, schmitt in dessen Abwesenheit ihrem vierjährigen Söhnchen die Kehle durch und unternahm dann einen Selbstmordversuch, der aber mißlang. Die etwa 40jährige Frau, die sich noch in der Nacht der Polizei selbst stellte, hatte vor der Tat ihrem Mann sämtliche Anzüge zerschnitten und auch viele Einrichtungsgegenstände zerkleinert. Schon lange andauernde Familienzwistigkeiten scheinen die Ursache der blutigen Tat zu sein.

§ 218-Urteil

Das Schwurgericht des Landgerichts II Berlin verurteilte nach vier tägiger Verhandlung den praktischen Arzt Dr. D. c n o s e r g wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in sechs Fällen, wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen und wegen Betrugs zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren 5 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Das Gericht bezog sich in seiner Urteilsbegründung u. a. auf die Ausführungen des Sachverständigen Professor W i e p m a n n, der das Treiben Dr. Meyenbergs als außergewöhnlich streupellos bezeichnet hatte.

Rundfunkreden eingeworfen

Attentat auf eine Kanzlerrede

Nach einer Meldung aus Köln wurden am Hause des Westdeutschen Rundfunks am Freitag abend während der Uebertragung der Reichskanzlerrede 16 Fensterhebel zertrümmert. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

Vom unbekanntem Wagner

Der amerikanische Rundfunk bringt anlässlich des 50. Todestages von Richard Wagner ein unbekanntes Wagnermanuskript zur Aufführung. Walter Damrosch, der bedeutendste Wagnerdirigent Amerikas, wird das Konzert dirigieren. Dem Vater Damroschs wurde das bisher unbekanntes Werk von Richard Wagner persönlich geschenkt, als er die erste amerikanische Parsifal-Aufführung musikalisch leitete.

Boxerdrama

Der deutsch-amerikanische Schwergewichtsböxer Ernio Schaaf bekam bei einem im New Yorker Madison-Square-Garden veranstalteten Boxkampf von dem Italiener Primo Carnera einen derart schweren K.o.-Schlag in den Hals, daß er nach zwei Stunden im Krankenhaus mit den Sterbefahrrädern versehen wurde. Nach vier Stunden gewann Schaaf das Bewußtsein für einige Minuten wieder, sein Zustand ist jedoch noch kritisch.

Die Kapitulation der „Sieben Provinzen“

Ein Augenzeuge der Bombenexplosion auf der „Sieben Provinzen“ erklärte dem Berichterstatter des Reutersbüros, daß infolge des Einschlages die Schornsteine in Stücke gerissen und die Kommandobrücke, auf der der eingeborene Befehlshaber und einige Mitglieder der eingeborenen Mannschaft sich aufhielten, vollkommen weggefragt worden sei. Der Angriff ist offenbar unerwartet gekommen. Man habe an Bord der „Sieben Provinzen“ angenommen, daß die Angreifer zuerst eine künstliche Bombe niederfallen lassen würden, und deshalb habe im Augenblick des Angriffes eher eine höhnische als eine erschrockene Stimmung geherrscht. Die Meuterer hätten gedacht, sie könnten nun ihre Bedingungen stellen, aber die schreckliche Wirkung des Geschosses habe ihren Unternehmen dann schnell ein Ende gesetzt.

Aus Niederländisch-Indien verlautet gerüchtweise, daß der bisherige Kommandant des Panzerkreuzers „Sieben Provinzen“ Selbstmord durch Erschießen begangen habe. Eine Bestätigung war bisher nicht zu erlangen.

Drexler — nicht Hitler!

Vom Münchener Stammtisch zur deutschen NSDAP- und NSDAP - Aus den Anfängen der NSDAP

Als im Jahre 1918 der Krieg zu Ende ging, da war ich wie viele Millionen anderer Deutscher schuldlos an der Kriegsurache, schuldlos am Kriegsbeginn. So ging ich damals mit sieben Mann einen Weg, der neu war. (Hitler am Freitag im Berliner Sportpalast.)

Eine ebenso geschickte wie kruppellose Agitation hat es fertiggebracht, daß der brave nationale Durchschnittsbürger sich die historische Stunde, in der die NSDAP eintrat das Licht der Welt erblickte, etwa so vorstellt:

Mitten in den Wirren der Revolutionszeit sitzen, soeben von der poppersten Front heimgekehrt, in einem von iparäischem Kerzenschein erhellen unterirdischen Gemäße sieben markige Freiheitskämpfer. Ringsum tobt „Notmord“ und „marxistisches Untermenschenentum“, diese sieben aber fürchten sich nicht vor den Schergen der vertierten mostowitschischen Mächthaber, die jeden Augenblick ihre Brandbomben in diesen Ort der Freiheitsverschwörung hineinwerfen können. Feterlich heben sie die Hand zum Schwur, nie und nimmer zu raffen, bis Deutschland befreit sein würde von der Sklavenpeinliche der marxistischen Bestien. Und sechs von ihnen rufen wie aus einem Munde: „Du sollst unser Führer sein, Adolf Hitler! Heil dir!“

Ah, wie anders sah die historische Wirklichkeit aus!

Ein kleiner politisierender Münchener Stammtisch, besetzt von mißgelaunten Spießern und neummalligen Besserwissern. Einer führt das Wort, erklärt den anderen das Weltgeschehen auf seine spintzierende Weise, wirft Angelegenes und Erträumtes wirr durcheinander, bis aus dem Nebel seiner Anschauungen eine neue Art politischer Religion aufsteigt, von den Stammtischbrüdern nach Hause getragen und den Nachbarn weiterverkündet wird — also ein Vorgang, wie er sich in jener Zeit und in dieser hundertmal wiederholt hat.

Der Eine aber, aus dessen gläubiger Einfalt der verjämmernde politische Vahos aufstieg — das war nicht Adolf Hitler, sondern ein heute vergessener Mann mit Namen Anton Drexler. Er ist der wirkliche Gründer der NSDAP, er ist Mitglied Nr. 1 seiner eigenen Partei.

Was war das für ein Mensch? Ein Werkzeug-Schlosser bei der Reichsbahn, eine Art Michael Kohlhaas, ungebildet und unwissend, aber von unglücklicher Liebe zum Höheren, zu Scheinbildung und Halbwissen besetzt. Sein narves Selbstvertrauen mag ehrlich gewesen sein — diejenigen, die ihn für ihre Zwecke mißbrauchten und den stillen, wider seinen Willen als Propheten benutzten Mann als Grundkapital einer „geistigen“ Bewegung erkannten, handelten weder ehrlich noch kameradschaftlich.

Durch seine Unfähigkeit, sich in eine Gemeinschaft einzuordnen, war Drexler früh mit seiner Gewerkschaft in Konflikt gekommen, wurde aus seiner geregelten Bahn geworfen und verdiente sich als Zitherspieler in Nachtlokalen sein Brot. Statt jedoch die Schuld bei sich selbst zu suchen, schiebt er alles auf den fluchwürdigen „Internationalismus“ der Sozialdemokratie. Das hindert ihn nicht, Scheinmanns Wort anzuerkennen: der Krieg werde nicht nur für Kommerzienräte, Großindustrielle und Großagrarien geführt, sondern für das wertvolle Volk. Er sucht die Synthese zwischen Sozialismus und Nationalismus, die ihm nebelhaft als rettende Idee vor schwimmt, schon während des zuhause verbrachten Krieges in der „Vaterlandspartei“. Aber er muß erkennen, daß bei diesen intellektuellen Spießern, die verächtlich auf den Proletariat herabbliden, kein Sinn für das Volksempfinden daheim ist. 1918 tritt er dem in Bremen gegründeten „Freien Ausschuss für einen deutschen Arbeiterfrieden“ bei, dessen Münchener Ortsgruppe ihm zur Leitung übertragen wird. Die 40 Münchener Mitglieder, die sich im März 1918 zusammenfanden, sind der eigentliche Beginn der NSDAP. Der Gedanke der kriegerischen Arbeiterpartei, die natürlich nicht gegen die Kriegsführung der Obersten Heeresleitung mit Kritik anzukämpfen wagte, scheint Drexler endlich das Richtige für seine Sonderwünsche zu sein. Aber sein Klassenbewußtsein ist bereits verflümmert. Er will die Bürger heranziehen und ruft in einer Versammlung zur Gründung eines „nationalen Bürgerbundes“ auf. Man antwortet mit Hohn und Lamust. Drexlers unglückliche Reaktion auf diese Niederlage ist sein Wiedereintritt in den freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverband. Auch hier vertritt er die leitende Ideologie, die er sich unerschrocken hat: das Wunschbild vom Aufstieg des internationalistischen Arbeiters zum nationalen Kleinbürger, vom Kampf gegen die jüdischen Wände-

mühlen Freimaurerei, Weltkapitalismus, Judentum. Mit diesen kurios zusammengestoppelten Gedanken, die 1919 noch einen gewissen Reiz der Neuheit hatten, wird nun auch sein Stammtisch bearbeitet. Und Drexler entwirft den Plan, eine Partei zu gründen. Sie heißt „Deutsche Arbeiterpartei“. Ihr siebentes Mitglied ist Drexlers Stammtischbruder Adolf Hitler. Hitler suchte an diesem Stammtisch eine Ideologie, an der seine widersprechenden politisch-sozial-kulturellen Gefühle und Gefühlsgehalte finden konnten. Der Drexlerische Stammtisch machte Eindruck auf ihn, Drexlers „Lehren“ leuchteten ihm, der ebenfalls nicht mit logischem Genie begabt ist, durchaus ein. Drexler forderte ihn auf, der neugegründeten Partei beizutreten. Hitler war einverstanden.

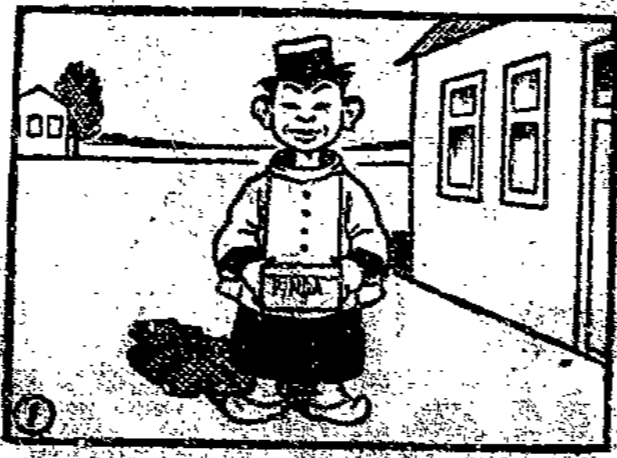
Man wird auf diesen Tatsachenbericht entgegnen: wenn dies alles wahr ist, wenn wirklich Anton Drexler und nicht Adolf Hitler der Gründer der NSDAP, und Autor ihrer Ideologien ist — dann müßte dieser Name doch bekannter sein als der Hitlers, Drexler müßte in der Welt der Nazis verehrt werden wie Kolumbus in Amerika. Wer so folgert, kennt nicht den Grad von Anhänglichkeit, Treue und Aufrichtigkeit — und andererseits nicht den Grad von Struppellosigkeit, mit dem die berufsmäßigen Wähler treudeutschen Weisens begabt sind. Drexler ist von Hitler beiseite geschoben worden wie eine ausgequetschte Zitrone. Er hatte seine Pflicht getan, er hatte den „Führer“ inspiriert — er konnte in der Vergeltung verschwinden. In den Anfängen der Partei war er noch Ehrenvorsitzender und — wenn wir recht unterrichtet sind — Vorstand des „Nationalsozialistischen Vereins“, dem zum Schutz gegen eine eventuelle Pleite das gesamte Vermögen der Partei überlassen wurde. Aber schon 1923 wurde Drexler nicht der „Ehre“ für wert befunden, am Hitlerputz mitzuwirken. Drexler blieb nach wie vor Schlosser in den Münchener Eisenbahnerwerkstätten, ließ sich als völkischer Abgeordneter in den bayerischen Landtag wählen, dem er bis 1928 angehörte — und verschwand dann völlig von der politischen Bühne. Die sich heute hemmungslos in den Vordergrund schieben, hätten keine Veranlassung, zuzugeben, wieviel von ihren eigenen „Leistungen“ in Wirklichkeit auf den Quertopf Anton Drexler zurückzuführen sind.

Grober Anflug?

In Groß-Meseritsch (Mähren) wurde eine Strafanzeige wegen groben Anflugs gegen einen Meseritscher Einwohner erstattet: er hat plötzlich die Sterbeglocke der Kirche geläutet und allem Volke laut verkündet, daß in der tschechoslowakischen Republik die Gerechtigkeit gestorben sei.

Abenteuer von Nojchi Delnuß und Peter Kohlschwarz

Von G. Th. Notman



Nojchi Delnuß war ein kleiner Chinese. Sein Vater hatte als Seemann auf einem großen Schiffe gearbeitet, war aber jetzt erwerbslos und wohnte, weit von seiner Heimat entfernt, in Hamburg. Von Zucker und Delnüssen lebte er nun ledere Nougatbällchen, welche Nojchi verkaufen mußte. Und so fiel der kleine Nojchi den ganzen Tag mit seiner Blechtrömel durch die Straßen, hasser lufend: „Delnuß! Delnuß!“

Aber ach, es ging schlecht mit dem Geschäft. Es gab so viele arbeitslose Chinesen in der Stadt, und sie alle verkauften Delnusschalen. In jeder Straßenecke stand einer, und es geschah nicht selten, daß der arme Nojchi am Abend mit leerer Trömel nach Hause kam. Ja, das war sehr traurig.

